

2. Tagung des 7. Landesparteitages
Lobenstein 20./21. September 2003

Rede des Fraktionsvorsitzenden der PDS im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow

Ein Gespenst geht um in Europa

Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mit den Worten des Klassikers habe ich vor 20 Jahren eine Betriebsrätekonferenz von Betriebsräten in Gießen eröffnet.

Ein Gespenst - ein Gespenst geht um in Europa; das war vor 20 Jahren richtig und ist heute noch richtiger geworden, denn es ist nicht das Gespenst von Kommunismus oder Sozialismus, ja nicht einmal das Gespenst von rot-rot, das Gespenst hieß und heißt Neoliberalismus.

Ein Gespenst, das allumfassend sich über die gesellschaftlichen Strukturen gestülpt hat, global agiert, aber in Europa und auch mit Hilfe des Europäischen Rats seine Blutspur der Vernichtung quer durch die gesellschaftlichen Strukturen getrieben hat und treibt.

Statt einer Vision von gesellschaftlicher Gerechtigkeit und der Utopie, dauerhaft einen Arbeitsplatz zu haben, gaukelte das Gespenst des Neoliberalismus den Bürgern vor: billige Telefongespräche und noch billigeren Strom, der sauber ist und natürlich nur aus der Steckdose kommt und bei dem man zukünftig sogar sparen kann. Ein Schnäppchen sozusagen!

Die pragmatischen Amerikaner würden von einer klassischen win-win-Situation sprechen, aber es entpuppte sich zunehmend alles als gigantische Mogelpackung.

Während die Betriebsräte vor 20 Jahren sich noch nicht vorstellen konnten, wohin die Reise geht, können wir heute, an den Realitäten gemessen, feststellen, dass sich diese Gesellschaft an fast 5 Millionen offiziell registrierter Menschen ohne Arbeit gewöhnt hat, dass die Hoffnung auf eine Erwerbsbiografie ohne Kündigung gewichen ist der permanenten Angst, bei der nächsten Kündigungswelle der Nächste zu sein, während wir Gewerkschafter in Westdeutschland glaubten, mit dem Aufbruch der Bürger in der DDR - also der Kraft der Bewegung aus 1989 - könnte man die Bewegung der Studentenunruhen von 1968 zu einer west- und ostdeutschen gemeinsamen neuen Kraft entwickeln. Während also diese Hoffnungen uns prägten, organisierte das Gespenst des Neoliberalismus Tatsachen und Fakten!

Die Aufbruchstimmung Ost wandelte sich in einen vorgeblichen Aufbau Ost, der sich schlicht als Nachbau West entpuppte. Weder Aufbau noch Aufbruch sind geblieben. Der Nachbau West ist gescheitert, und die Aufbruchstimmung ist mit dem Verlust der industriellen Basis und dem Verlust der Produktionsverhältnisse erstickt worden. Während wir in den neuen Ländern jährlich einen Nachfragebedarf von 320 Milliarden Euro an Konsum- und Dienstleistungsgütern haben, produzieren die Menschen hier nur im Werte von 250 Milliarden Euro. Die Differenz von 70 Milliarden kennzeichnet im Jahr 2003 das tatsächliche Drama. Das sind Werte, die einem Land in der dritten Welt entsprechen. Die Abhängigkeit vom Mutterland mutet an wie in den Zeiten des

Kolonialismus. Die Frage ist nur, was wird hier in Thüringen in den neuen Ländern ausgebeutet? Kalisalz ist es nicht und Braunkohle nur unter dem Aspekt der gigantischen Subventionen. Wir müssen tiefer in das Problem eindringen, um es politisch zu begreifen. Oder anders gesagt: Wir müssen uns erwehren der Wortverdrehen und Kopfvernebler. Denen, die mit schönen Worten Tatsachen zukleistern und Verhältnisse verdrehen. Alles redet über den armen Staat, der sich nichts mehr leisten kann, und gleichzeitig steigt der Reichtum in diesem Land.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eins der reichsten Länder der Welt, und auch in den letzten 10 Jahren hat sich das volkswirtschaftliche Vermögen vervielfacht. Das Bruttoinlandsprodukt ist bei aller Krise - volkswirtschaftlich betrachtet - Jahr für Jahr gestiegen. Verändert hat sich die Verteilung innerhalb unserer Gesellschaft. Von 1996 bis 1999 ist die Zahl der Menschen in unserem Land, die mehr als 1 Million Euro Geldvermögen ihr eigen nennen, um 313.000 Personen gestiegen - von 52.000 auf 365.000, und eine nicht der PDS nahestehende Organisation - die Gruppe Merrill Lynch und Ernst & Young - haben in ihrem 6. Jahresbericht des Weltreichtumsberichts 2002 festgestellt, dass nunmehr von 1999 auf 2001 die Zahl sich gar verdoppelt hat auf 730.000.

Genossinnen und Genossen!

Dieses Land ist reich und es beherbergt Superreiche. Wie anders sollen wir es uns erklären, wenn auf der IAA in Frankfurt aus dem Hause unseres Lieblingsauto-Kanzlers, der VW-Autoschmiede, ein "Bugatti" vorgestellt wird, der 1 Million Euro kostet. Wer - so frage ich - braucht ein Auto, das 1001 PS hat und 406 Stundenkilometer fahren kann?

Wenn die schönen Autobilder von "Bugatti" oder "Mercedes SLR" mit V-8-Motor oder "Porsche GT 6" mit 612 PS und 330 Stundenkilometer schnell die Hirne vernebeln, dann liegt es an uns als PDS zu sagen, dass es in diesem Land nicht um den armen Staat geht, sondern schlicht um die Kernfrage:

"Qui bono?" , also auf deutsch "Wem nützt es?".

Wem nützt eine Staatsverschuldung, die ständig steigt und an deren fest verzinslichen Wertpapieren die Habenden weitere Zinsgeschäfte tätigen können? Wem nützt die Freistellung von Börsengewinnen? Wem nützt eine Kapitalertragssteuer und eine Körperschaftssteuer, die sich die Großkonzerne so gestalten können, dass sie in den Jahren 2001 und 2002 46,7 Milliarden Euro großzügige Geschenke vom Staat bekommen haben?

Wenn es stimmt, dass ein Staat mit Steuern steuert, dann gibt es eine Kontinuität von Kohl zu Schröder, von schwarz-gelb zu rot-grün, dass nämlich den Kleinen genommen und den Großen gegeben wird, Genossinnen und Genossen!

Es geht um Habende und Habenichtse!

Auf Grund der Steuerreform 2000 zahlten die Lohnsteuerzahler um 2,8 % weniger, während die Körperschaftssteuer um 96,4 % abnahm. Kritiker und Analysten mussten feststellen, dass im Steuerjahr 2001 die Körperschaftssteuer aller Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland geringer war als das Gesamtaufkommen der Hundesteuer in Deutschland. Da müsste doch selbst der dümmste Hund merken, dass wir mit dem Ende der DDR und dem Überstülpen des Westsystems nicht im sozialen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland angekommen sind, sondern im Turbo-Kapitalismus.

Die DDR-Bürger wissen zwar, dass ihre DDR untergegangen ist, aber die Bundesbürger haben immer noch nicht gemerkt, dass die alte Bundesrepublik Deutschland weg ist. Der unsichtbare Tarifpartner DDR sitzt nicht mehr am Verhandlungstisch der Tarifverhandlungen. Das hat letztendlich auch die verheerende Niederlage der IG Metall bei der Arbeitszeitauseinandersetzung

gezeigt. Es gibt keine Rücksichten mehr, die Konzerne, Kapitalbesitzer, Banken, Versicherungen und Konsortien in sozialen Fragen nehmen müssen.

Das letzte wohlthuende Wort zur sozialen Frage war die mit wenig Gegenliebe betrachtete Wortmeldung der Kirchen. Aber auch sehr beeindruckt bin ich nach wie vor von dem 10jährigen Gedenkgottesdienst in Bischofferode, wo der katholische Pfarrer Klapproth deutlich die Forderung nach dem Menschenrecht auf Arbeit formuliert hat. Ja, Bischofferode ist das Menetekel der neuen Länder oder - wie es Bernhard Vogel nannte - die "kalte Fratze des Kapitalismus". Der Unterschied ist nur, dass Bernhard Vogel frei fabulierte, als er die verheerende Niederlage kommen sah und nichts gegen sie tat und die Betroffenen gekämpft haben, aber im Kampf die Niederlage auch ertragen und erdulden mussten.

Landespolitisch trägt die CDU immer noch die Verantwortung für das Geschehen, denn Verantwortung übernimmt auch, wer nichts unternimmt oder sich nicht glaubhaft zur Wehr setzt.

Lasst uns, liebe Genossinnen und Genossen, eine klare Sprache sprechen - Kapitalismus ist Kapitalismus, und Neoliberalismus dient dazu, den armen Staat und gemeinwohlorientiertes Vermögen in der Gesellschaft zur Ausbeutung freizugeben. Die Zerschlagung von Stadtwerken, das Einzwängen in Handlungskorsette, das Verbot der Quersubventionierung zum Öffentlichen Personennahverkehr, die mangelnde Finanzbasis von Institutionen der Daseinsvorsorge sind alles Einzelfacetten, bei denen unterm Strich festgestellt werden kann, dass das Vertrauen auf gesellschaftliche Solidarität weggeschossen werden soll zugunsten der privaten Verwertung.

Mit Fug und Recht kann man sagen - und das lässt sich auch aus den vielen Veranstaltungen und Gesprächen zur jüngsten Sozialkampagne der PDS ableiten: Wem nutzt das ganze Gerede um Renten- oder Krankenkassenreform? Wem nutzt die Offerte, dass jeder "seines Glückes Schmied" sei und gesellschaftliche Solidarität nicht mehr tragen würde? Wem nutzt das Spiel mit der Angst, gegen die man zwar Versicherungspolicen abschließen kann, sich aber trotzdem auf eine gedeihliche Zukunft nicht verlassen kann? Man zahlt Monat für Monat für das Gefühl, beschützt zu sein und gibt sein gesellschaftliches Engagement preis zugunsten einer Scheinsicherheit. So wie vor Urzeiten Tetzell den Satz prägte: "Wenn der Taler in dem Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt", so müssen wir in der heutigen Zeit kritisieren und der Bevölkerung deutlich machen, dass die individuelle private Vorsorge nicht der goldene Weg einer gesamten Gesellschaft sein kann, und unser Credo muss lauten: Solidarität rechnet sich!
Ich will es stärker sagen: Nur Solidarität rechnet sich!

Wir müssen deshalb einen Staat kritisieren und eine Politik kritisieren, bei der Gerechtigkeit in der Steuerverteilung überhaupt nicht mehr thematisiert wird.
Wer Erbschaftsteuern, Vermögensteuern, Kapitalertragsteuern, Börsenumsatzsteuern lächerlich macht und behauptet, wir würden damit neue Mauern um Deutschland bauen, hat nichts begriffen und will nichts begreifen. Der will Turbo-Kapitalismus! Dem ist das Sozialstaatsgebot schnuppe.

Wer nicht ernsthaft anfängt, über die Tobin tax als Antwort auf das globale Vagabundieren von Kapital zu reden, wird die Zukunft verspielen!
Als der moderne Turmbau zu Babel zusammenbrach, als die Spekulationsblasen am neuen Markt Sparergroschen in Größenordnung faktisch ins Nichts auflösten, hätten einige merken müssen, dass eine solidarische Renten- und Krankenversicherung zwar keinen Sonderprofit, aber eine vernünftige Grundabsicherung ermöglicht. Global hätte man gewarnt sein müssen, seit Nick Leeson die Barings Bank in wenigen Monaten mit Spekulationsmanövern in den Abgrund trieb. Spätestens dann hätte man die Pflicht als Politiker, sich zu beschäftigen mit Fachbegriffen wie "Put" und "Call", mit

Derivathandel, mit kriminellen Finanztransaktionen, die das nette Wort Hedging so verniedlicht. Die Spekulation auf den Zusammenbruch von Währungen ganzer Staaten, die Spekulation auf Vernichtung ganzer Volkswirtschaften sind das Tagesgeschäft von Finanzjongleuren, die spätestens seit der Enron-Pleite in den USA und der kriminellen Vernichtung der Altersvorsorge der pensionsberechtigten Mitarbeiter hätten als Alarmzeichen, als Drohkulisse durchschaut werden müssen. Wenn heute noch Landespolitiker davon schwafeln, dass mit solchen Wortungetümen wie Crossborder-Leasing Kommunen frisches Kapital bekämen, wenn sie gleichzeitig Elemente der Daseinsvorsorge, wie Wasser und Abwasser, an USA-amerikanische Finanzinvestoren preisgeben wollen, dann kritisiere ich so etwas scharf, aber ich sage auch, an dieser Stelle setzt unsere Politik ein. Hier liegt es an uns, dass wir mit deutlichen Worten sagen, dass wir einen solchen Kurs nicht mitgehen können, nicht mitgehen werden, und dies hat nichts mit links oder rechts, mit kommunistisch oder sozialistisch, auch nicht mit konservativ oder liberal zu tun - dieser Weg in den Abgrund ist nicht unser Weg! Unser Nein dazu ist das Nein der Vernunft!

Reiner-Maria Rilke hat den Satz geprägt: "Wer jetzt kein Haus baut, baut lange keins mehr!". Lasst uns als PDS einen Bauplan beschließen. Lasst uns den Bürgern ein klares Signal setzen, dass wir die Verhaltensweise wieder klar benennen und dass wir eintreten für die Stärkung von gemeinwohlorientiertem Vermögen!

Lasst uns klar formulieren, dass die Stärkung der Region keine Absage an weltweite Vernetzung, aber eine Absage an die kriminellen Finanztransaktionen der Globalisierungsfetischisten ist.

Wir stehen für Stadtwerke, wir stehen für Wasser- und Abwassernetze, wir stehen für Infrastruktur, wir stehen für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime!

Wir stehen für all das, was der Bürger braucht und was ein gesellschaftliches Zusammenleben stärkt und verbessert. Wir stehen für eine Region, in der es sich lohnt zu leben und in der es sich noch mehr lohnt zu bleiben!

Wir stehen nicht für ein staatliches Einheitssystem, sondern wir stehen und akzeptieren die Vielfalt all dieser Institutionen.

Wir stehen aber nicht für das Verschleudern gesellschaftlichen Vermögens, und wir stehen auch nicht für die Entziehung all dieser Strukturen der demokratischen Kontrolle. Unser Credo heißt regional statt global, aber unser Credo heißt auch mehr direktes Einwirken der Bürger auf ihre Daseinsvorsorge und auf ihre Zukunft!

Wir müssen, wollen und werden deshalb Zweckverbände hier in Thüringen durchschaubar machen und grundhaft demokratisieren!

Wir müssen die Produktionslücke, die wir im Osten haben, thematisieren. Wir müssen darauf hinweisen, dass pro Jahr 70 Milliarden Dienstleistungen und Güter aus anderen Regionen in unsere Länder fließen und dass wir diesen Trend umdrehen müssen. Wir brauchen eine Finanzkraft, mit der wir existieren können, und diese Finanz- und Steuerkraft werden wir nur erreichen, wenn wir soviel produzieren, wie wir selbst verbrauchen und dann den Schritt schaffen, auch Waren und Dienstleistungen anderen anbieten zu können. Erst dann dreht sich der Trend um und nicht vorher.

Wir nennen eine Steuerpolitik ungerecht, bei der in Thüringen 4 Milliarden Steueraufkommen aus Lohn- und Verbrauchsteuer entstehen und nur 1 Milliarde aus Körperschafts- bzw. Gewerbesteuern, von denen dann wieder 800 Millionen Euro sogar durch Steuergestaltung rückerstattet werden.

Niemand kann bestreiten, dass hier in Thüringen die abhängig Beschäftigten diejenigen sind, die den Staat finanzieren, und bei diesem Tatbestand kann man nachhaltig von einer Gerechtigkeitslücke in der Gesellschaft reden.

Deutschland ist für Kapitalbesitzer, Konzerne und Großfinanziere mittlerweile zum Billigsteuerland mutiert, und Thüringen ist in Deutschland das Billiglohnland. Trotz niedrigster Löhne, die

angeblich Arbeitsplätze nach sich ziehen, nichts als Flaute! Schon die Legende von den Gewinnen von heute, die die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen seien, ist geplatzt wie eine Seifenblase. Auch dass niedriger Lohn ein Standortvorteil sein soll und Arbeitsplätze nach sich zieht, ist genau so ein Märchen!

Der größte aktuellste Illusionist in Thüringen, also der aktuelle David Copperfield der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, heißt Dieter Althaus.

Kein Tag vergeht, an dem er in den Medien sich nicht mit neuen Vorschlägen verbreitet, die nicht nur seine Parteivorsitzende nicht ernsthaft prüft, sondern in seiner Grundausrichtung wird klar ein konservatives, rückwärts gewandtes oder - wie ein führender DGB-Gewerkschafter einmal formulierte ein reaktionäres Weltbild - sichtbar.

Da werden die Streikziele der Beschäftigten der Metallindustrie in Abrede gestellt. Da wird die Not der Baubranche gegen die berechtigten Forderungen der Metallbeschäftigten ausgespielt. Da wird die Flexibilität der Tarifverträge schlicht in Abrede gestellt. Da werden Betriebsräte zum Standortnachteil, zum Hemmschuh. Da wird die Arbeitnehmerbewegung, werden die Errungenschaften aus 100 Jahren Arbeiterbewegung, aber auch aus 40 Jahren Bundesrepublik Deutschland negiert, in Abrede gestellt und zum Buhmann gemacht. Für Arbeitnehmer und abhängig Beschäftigte, aber auch für Arbeitslose ist ein solcher Ministerpräsident nicht wählbar!

Wer Vermögensteuer und Erbschaftsteuer als Element der gesellschaftlichen Steuergerechtigkeit negiert und Betriebsräten die Schuld an fehlenden Arbeitsplätzen gibt, hat sich aus der gesellschaftlichen Debatte, aus dem Blickwinkel der abhängig Beschäftigten abgemeldet. Und in der Tat - ich behaupte, hier wird tatsächlich Klassenkampf vollzogen, nämlich der Klassenkampf von oben.

Der gesellschaftliche Ist-Zustand heißt nicht Fortsetzung von "teile und herrsche", Fortsetzung des Ausspielens Ost gegen West, Mann gegen Frau, Arbeitsloser gegen Beschäftigten, gesund gegen krank, jung gegen alt.

Der gesellschaftliche Ist-Zustand heißt reich gegen arm!

Denn - Herr Althaus blendet es aus, und viele Menschen merken es leider nicht - an der Verarmung des Staates, und das ist ein Tatbestand, verdienen all diejenigen exzellent, die Geld haben. Oder anders formuliert: Nur Reiche können sich einen armen Staat erlauben!

Die PDS-Fraktion im Thüringer Landtag hat in Übereinstimmung mit dem Landesvorstand schon vor fast 2 Jahren damit begonnen, die Fundamente für ein Wahlprogramm zur Landtagswahl 2004 herauszuprofilieren. Dieser Landtagswahlkampf geht einher mit der für uns bedeutsamen Europawahl und der 14 Tage später folgenden Kommunalwahl. Es ist notwendig, und dafür wollen wir streiten, und dafür stehe ich ganz persönlich, es ist notwendig, eine messerscharfe Sicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu werfen und auch zu formulieren. Wir sind in Opposition zu Verhältnissen, bei denen Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden. Wir sind in einer scharfen Opposition zu Verhältnissen, bei denen das oder der Fremde zum Feind wird, bei dem mit Feindbildern regiert wird, bei dem Vermögende Vermögen schützen und mehren, ohne ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl generell oder im ausreichenden Maße nachzukommen.

Wir gönnen demjenigen, der das Geld hat, sich einen "Bugatti" leisten zu können, seinen "Bugatti", es ist eben kein Sozialneid, aber wir wollen ihn zwingen, dass er beim Ankauf seines "Bugattis" soviel Steuern zahlt, dass die, die sich nicht einmal mehr den Öffentlichen Personennahverkehr leisten können, eine Chance haben, von Punkt A zu Punkt B mit dem Bus noch fahren zu können.

Es mag nicht unsere Hauptaufgabe sein als PDS, aber ich sehe es so. Dass es ein friedliches Zusammenleben geben muss in einer Gesellschaft, damit Arme und Reiche sich überhaupt noch aushalten können.

Deshalb sagen wir:

Regional statt global.

Mag sein, dass die Verknappung der Überschrift nicht ganz korrekt ist, denn selbstverständlich leben wir in einer global vernetzten Welt. Aber die Regionen in Thüringen endlich konsequent ausbauen und unterstützen, wäre die Chance, bei der wir mit kleinteiligen Investments und dem Vernetzen der örtlichen Akteure uns wechselseitig besser stärken können. Aus europäischer Sicht möglich und zulässig, ja sogar von der Kommission ausdrücklich gewollt!

Bei 40 Arbeitsplätzen, die täglich ungebrochen in Thüringen verlorengelassen, bei 53 Einwohnern, die Thüringen täglich verlassen, wird es Zeit, neue Wege zu gehen! Der Aufbau Ost als Nachbau West ist gescheitert, und über den Osten sind Vermögen in Turbogeschwindigkeit neu verteilt worden. Täglich kommen 372 neue Millionäre in Deutschland dazu, und die werden nicht von der Norddeutschen Klassenlotterie gemacht, sondern die werden von einer Steuerpolitik und einer Finanzpolitik hervorgebracht, die man nur noch als den "Tanz um das goldene Kalb" bezeichnen kann.

Die Zahl ist aber hoch dynamisch, denn von 1991 - 1996 waren es im Schnitt 286, und schon von 1996 bis 2001 waren es dann 500!!

500 täglich, fast 21 stündlich, also 11 neue Millionäre in Deutschland, während ich hier rede. Es werden auch nicht weniger, wenn ich oder wir schweigen würden.

Hier heißt es, mit Tabus brechen, keine Förderpolitik mehr in Thüringen mit dem Geschenk von Steuergeldern in Form von Zuschüssen, sondern nur noch die Zur-Verfügung-Stellung von Darlehen für Betriebe, die damit in unseren Regionen tatsächlich Neues schaffen wollen. Keine Subventionen mehr von Rationalisierung und Vernichtung von Arbeit, sondern nur noch Stärkung bei Schaffung von Arbeitsplätzen. Endlich eine ehrliche Debatte über die gesetzliche Regelung einer Umlagefinanzierung. Auch wenn mit Hilfs- und Reparaturmaßnahmen nun 90 % der Auszubildenden des Schulabgängerjahrgangs 2003 scheinbar untergebracht worden sind, verstellt dies doch den tatsächlichen Blick auf die mehreren Millionen Euro Subventionen aus dem Landeshaushalt, die mittlerweile von Staatsseite für die Notsituation der jungen Leute ausgegeben werden. Dies ist die tatsächliche Umlagefinanzierung - nämlich vom Steuerzahler als Ersatzfinanzier für die nicht erfolgte Verantwortung durch die Großkonzerne.

Wir sind für das duale System, aber nur, wenn die Wirtschaft komplett an den Kosten der dualen Ausbildung sich auch verantwortlich beteiligt.

Wir sind für die Verzahnung von Berufsschule und betrieblichem Ausbildungsgeschehen, aber nur, wenn es endlich ein wirksames Zusammenwirken von Staat und Betrieben gibt. Hier gibt es Nachholebedarf auf beiden Seiten, und dafür stehen wir als PDS für eine vorbehaltlose Diskussion im Interesse der Zukunft von jungen Leute, aber auch der Nachwuchsgewinnung für Betriebe. Wir sind für eine Gründungsoffensive nah am universitären Campus, denn es muss tausend gute Gründe geben und tausend neue Gründe geben, hier in Thüringen zu bleiben, wenn wir nicht zum Alterssitz in Deutschland werden wollen.

Über "Florida-Rolf" die Schmarotzer-Debatte führen, dabei aber die Augen verschließen, dass zunehmend die Älteren in Thüringen bleiben und die Jüngeren gehen, und dass gerade in Thüringen

sichtbar wird, Armut ist vor allem weiblich, ist wie die Debatte um den Balken im eigenen Auge, den man nicht sehen will, während man über das Stöckchen im Auge des anderen lamentiert.

Unser Fundament zur Landtagswahl, unser Bauplan, bei dem wir im Sinne von Reiner-Maria Rilke den Bürgern vor der Abstimmung das Planwerk vorlegen und sagen, wie soll das Haus aussehen, das ihr mit uns bauen könnt, bei dem wir den Bürgern aber auch klarmachen müssen, dass es so weiter geht wie in meiner kritischen Bilanz, wenn es nicht endlich einen Wechsel in Thüringen gibt, wer also schwarze Strukturen endlich aufbrechen will, muss sich entscheiden für einen Bauplan, bei dem wir sagen, wie das Tragwerk dieses Hauses sein soll.

Unser Fundament heißt:

1. Solidarität ist Zukunft.
2. Bürgernah statt bürokratisch.
3. Regional statt global und
4. längeres gemeinsames Lernen.

Der Mörtel, den wir verbauen wollen in unserem Haus, heißt mehr Demokratie, heißt mehr plebiszitäre Elemente, heißt mehr Mitbestimmung, heißt ein modernes Thüringer Personalvertretungsgesetz, heißt eine Beteiligung der Betroffenen auf gleicher Augenhöhe, heißt Durchschaubarkeit der Prozesse, heißt bei Finanzplanungen Kassensturz und Endabrechnung, damit man den Bürgern klarmachen kann, was 14 Jahre die Truppe um Herrn Althaus zu verantworten hat, heißt, offensiv deutlich zu machen, dass landespolitische Skandale, wie der Pilzskandal, ein Gesicht haben, das Güterverkehrszentrum kein unabwendbares Schicksal war, bevor es in den Konkurs ging, heißt, dass die Abwasserverbände nicht ohne Aufsicht in die Schuldenfalle geraten sind, heißt, deutlich zu machen, dass Spaßbäder finanztechnisch gesehen kein Spaß für die öffentliche Hand sind, obwohl sie sehr unterhaltsam für die Nutzer sind.

Wir müssen als PDS deutlich machen, dass ein gläserner Plenarsaal und eine gläserne LEG zwar nach außen transparent erscheinen, aber in Wirklichkeit in diesen Institutionen 14 Jahre schwarze Politik mit Austausch von Eliten, mit Pöstchen-Schieberei, mit Versorgungsauftrag für Parteiliebe und in der Wirkung nur eine Politik der Düsternis, der Verschleierung und der Vernebelung feststellbar ist. Der Schuldenstand in Thüringen ist sowohl pro Kopf als auch insgesamt höher als in Sachsen. Der dreistufige Verwaltungsaufbau ist höher als in jedem Regierungsbezirk eines Altbundeslandes, und es sind eben nicht die kleinen Angestellten oder Beamten, die schuld an dieser Misere sind.

Unser Credo ist keine mathematisch oder arithmetische Rechnung, wie wir eventuell unter gewissen Umständen und zu welchem Preis auch immer an einer gewissen Form von Landesregierungsbeteiligung am "Katzentisch" Platz nehmen würden. Deshalb braucht auch der eine oder andere Chefredakteur keine Angst zu haben und braucht auch nicht mehr das Schreckgespenst von rot-rot in Thüringen an die Wand malen. Auch das Wiederholen dieser Schreckgespenster führt nicht zur Darstellung der Realität. Rot-rot in Thüringen kann es gar nicht geben, weil es nur eine Partei gibt, die tatsächlich für rot steht. Rot - das sind wir; rot - das ist PDS - rot ist Leben, und rot signalisiert Zukunft.

So gesehen, brauchen wir uns nicht zu schämen - ganz im Gegenteil! Wir sind stolz darauf, dass wir der rote Farbtupfer im schwarzen Einerlei im Thüringer Landtag sind.

Die Entscheidung, ob es zu einer veränderten Politik in Thüringen kommt, machen wir aber nicht von arithmetischen Spielchen abhängig, sondern von der Summe der Gemeinsamkeiten, die wir mit

einem anderen Partner erreichen können. Und da heißt es, nachweislich Dinge auf die Waagschale legen, diese wiegen, bewerten, und das Ergebnis entscheidet und nicht die Bewertung eines Chefredakteurs, eines Kommentators, ob wir ein Investorenschreck sind oder nicht. Dem einen oder anderen würde ich empfehlen, auch mal direkt mit Unternehmensvertretern zu sprechen, die mit uns als PDS-Landtagsfraktion oder mit mir zu tun hatten. Ich kann mich an praktische Unterstützung erinnern, die wir schnell und unkompliziert gegeben haben, und in dem einen oder anderen Fall waren wir für Investoren, aber auch für Insolvenzverwalter genauso wie für Betriebsräte und Gewerkschaften ein ernst zu nehmender und kompetenter Gesprächspartner, wenn es um Zukunftsfragen von Thüringer Betrieben ging. Ich finde es einfach unanständig, aus Gründen der politischen Ideologie das PDS-Schreckgespenst an die Wand zu malen, unsere Kompetenz zu verschweigen, gleichzeitig ein Realitätsbild von den realen Verhältnissen von 14 Jahren schwarz so zu zeichnen, dass ein agiler Dieter Althaus alles überstrahlt und alle Pannen, Skandale und Fehlentwicklungen unter den Tisch fallen.

Es ist en mode, über uns zu berichten, wenn wir uns in der PDS streiten, aber wenn wir Konzepte anzubieten haben, ist es schwierig genug, diese im Original und unverfälscht als in den hiesigen Medien weiter getragen zu bekommen. Hier muss auch die SPD aufpassen, ob sie sich nicht leiten lässt von ideologisch geprägten Bildern über die PDS statt einer Abwägung der tatsächlichen Angebote und der politischen Verlässlichkeit in der Zusammenarbeit, wenn wir diese Konzepte vorstellen und auch bereit sind, sie mit umzusetzen.

Die regionale Zusammenarbeit in einigen Kreistagen, Stadtparlamenten, bei Bürgermeistern, Beigeordneten und Dezernenten hier im Thüringer Land zeigt doch, dass eine verlässliche Arbeit mit der PDS möglich und tragfähig ist. Deshalb eine klare Ansage auch an Christoph Matschi, weil er in der vergangenen Woche davon sprach, dass wir dabei wären, uns zu maginalisieren und aus seiner Sicht eine Zusammenarbeit mit uns im Landtag derzeit für ihn nicht möglich erscheint. Während er solche Sätze formuliert, ist es für uns als Landtagsfraktion schon fast peinlich, wie sehr die andere Oppositionspartei um den Wiedereinzug in die Große Koalition buhlt! 4 Jahre lang hat diese Oppositionspartei mit uns zusammen das harte Los der Opposition erleben und durchleiden müssen. 4 Jahre lang konnte sie spüren, was alle PDS-Fraktionen vorher schon auch in Zeiten, als die SPD mitregiert hat, hat spüren müssen, nämlich, dass Opposition im Thüringer Landtag auch bei einer Geschäftsordnung, die nach unserem Dafürhalten nicht dem Optimum parlamentarischer Demokratie entspricht, was man dort durchleiden muss, nämlich abgeschoben zu sein und sich jedes Informationsrecht ertrotzen und erkämpfen zu müssen.

Wäre es nicht eine Aufgabe von Oppositionsparteien, die so etwas erleben, alles daran zu setzen, damit der Begriff "mehr Demokratie" und Stärkung des Parlamentes auch mit Leben erfüllt wird? Wäre es nicht die Aufgabe, daran mitzuwirken, und zwar in klaren Aussagen vor der Wahl, dass wenigstens zukünftig Parlamentsrechte, Kontrollrechte, das angebliche Königsrecht auf Erstellung des Haushaltes dort platziert werden, wo sie hingehören, nämlich im Parlament? Wäre es nicht Zeit, den allumfassenden Alleinvertretungsanspruch der CDU nach 14 Jahren schwarzer Traurigkeit zu brechen, um zu sagen, es gibt Alternativen zu Herrn Althaus?
Aber Alternativen und nicht Steigbügelhalter!

Vor allem gibt es Alternativen zu seiner Politik, und ich sage noch einmal und abschließend: Unsere 4 Schwerpunkte sind klar umrissen und auch hier deutlich formuliert, kosten kein zusätzliches Geld, sondern stehen für eine andere Politik - gemeinsames längeres Lernen und Abbau der Schulbürokratie sind kein Widerspruch, sondern gehen in sich zusammen. 8 Jahre zusammen in der Schule, 8 Jahre gemeinsames Wachsen und gemeinsames Lernen, nicht die Frühselektion, sondern individuelle Förderung bei kollektiver Unterstützung. Dies sind keine

Widersprüche, sondern sind eine Schulpolitik, wie sie unter PISA-Gesichtspunkten in den nordischen Staaten unter Rückgriff auf Ideen der DDR realisiert worden sind.

Das hat die von der Landtagsfraktion, dem Landesvorstand und dem KOPOFOR durchgeführte Bildungskampagne sehr eindrucksvoll deutlich gemacht.

Längeres gemeinsames Lernen heißt auch das Zusammenlegen von Schulamt und Schulverwaltungsamt, die Rückdelegierung von Verantwortung in die Schule direkt hinein, ein stärkeres Einbeziehen und ein verpflichtenderes Einbeziehen von Eltern, Lehrern und Schülern, allerdings auch bei Übertragung von Verantwortung und Gestaltungsspielräumen, bei dem eine andere Schule nicht nur theoretisch auf dem Papier steht, sondern praktisch auch ausprobiert werden kann - das wäre ein lohnenswertes Ziel.

Regional statt global - ich hatte es gesagt - ist eine andere Wirtschaftspolitik. Auch die kostet nicht mehr Geld, sondern führt dazu, dass vorhandenes Geld effizienter eingesetzt wird. Warum müssen Investoren oder Existenzgründer sich "einen Wolf laufen", sich also zuallererst neue Schuhe, die man eventuell achtmal besohlen muss, anschaffen, um alle Bescheinigungen abzuhandeln? Warum ist es nicht möglich, Investoren-Lotsen in der Verwaltung und in den Ministerien einzusetzen, die den jeweiligen Existenzgründer und Investor solange an die Hand nehmen, bis alles erledigt ist?

Bürgernah statt bürokratisch - ein Stichwort, bei dem wir klar sagen, ein drei- bis dreieinhalb- oder vierfacher Verwaltungsaufbau ist unsinnig. Wir können und wollen mehr nach unten vor Ort verlagern und die übergeordneten Kontrollaufgaben an das Ministerium oder in das Ministerium packen.

Dort, wo ein unabhängiger Kontrolldruck, wie Veterinärwesen, Gesundheitswesen, Katastrophenschutz usw., notwendig ist, dort ist die höhere Ebene zu wählen. Aber Grundbücher, Reisepässe, Baugenehmigungen und so weiter und so weiter müssen näher an den Bürger ran. Eine zweistufige Verwaltung ist unser Ziel.

Gleichzeitig sagen wir, Kreise, Städte und Gebietskörperschaften müssen auf den Prüfstand. Dies muss man vor den Wahlen sagen, damit deutlich wird, dass wir nicht den Bürger von demokratischen Willensbildungen ausschließen wollen, sondern eine Verwaltungs- und Gebietsreform in Gang setzen wollen, bei der am Schluss kompakte Service-Büros näher am Bürger sind, wo er alles verwaltungstechnisch abwickeln kann, aber gleichzeitig Gebietskörperschaften geschaffen werden, die mit den vorhandenen Finanzmitteln besser umgehen können. Die Frage von Kreisfreiheit muss endlich vorbehaltlos auf die Tagesordnung, und hier dürfen wir uns als PDS vor der eigenen Diskussion nicht drücken.

Der rote Faden unseres Handelns heißt mehr Demokratie, das meint eben eine moderne Mitbestimmung der Personalräte beim Umbauprozess des Landes. Das meint mehr Volksabstimmung bei Müll- oder Abwasserkonzepten, bei Schulnetzplanungen, bei Schule überhaupt.

Warum nicht eine Volksabstimmung über 8jähriges gemeinsames Lernen? Warum wollen wir als PDS alleine stehen, wenn es um 8jähriges gemeinsames Lernen geht? Ich glaube, die Bürger haben hier noch gute Erinnerungen an das, was polytechnische Unterrichtseinheiten bzw. die POS an sich ist.

Durch Nostalgie-Shows verklärt, wollen wir sicherlich nicht dem Wehrkundeunterricht oder der ideologischen Volksbildung das Wort reden, aber da weiß sicherlich Herr Althaus medaillenbeschrnückt am besten, wovon ich rede, denn ich als Wessi kann nur von der allgemeinen Struktur der DDR-Schule reden und sagen, dass nach meinem Dafürhalten die Eltern hier sehr wohl an einer Volksabstimmung für längeres gemeinsames Lernen teilnehmen würden.

Ich habe eine Vorstellung, was selbstbewusste Eltern zu 8jährigem gemeinsamen Lernen entscheiden würden und werden.

Vom Bourgeois zum Citoyen - das ist unser Leitbild; der wirklich selbstbewusste Bürger, der in seinem Umfeld gestaltend eingreifen und mitwirken kann. Das wäre der Mörtel, den wir beim Bau unseres Hauses verwenden wollen, und natürlich ist Solidarität für uns die Kraft, die die Gesellschaft zusammenhält.

Wer Rentenversicherung und Krankenversicherung kaputt schlägt, wer vom generationsgedeckten Vertrag zum kapitalgestützten übergehen will, der öffnet die Tore für Turbo-Kapitalismus und die kapitalseitige Verwertung der Alters- und Gesundheitsvorsorge.

Es wird Zeit, dass wir auch gerade als PDS den Stolz haben zu sagen, die Verklärung der DDR überlassen wir, wenn es um Feindbilder geht, Frau Lengsfeld, Herrn Pietzsch und anderen Vertretern der CDU.

Die Verklärung in "Ostalgie-Shows" und Erich-Honecker-Gedächtnis-Abenden als 99-Cent-Party in Einkaufszentren oder Tanztempeln überlassen wir Diskothekern und privaten Fernsehanbietern, aber eine ehrlich Diskussion über die Verantwortung, die die PDS zu tragen hat in der Konsequenz ihrer Rechtsnachfolge zur SED lässt uns aufgerufen sein, auch eine nachhaltige Debatte über die DDR an sich zu führen und zu fordern.

Wer mit dem Finger auf uns zeigt, darf nicht vergessen, dass drei auf ihn selber zurückzeigen.

Ich wiederhole das, was ich schon einmal vor Jahren gesagt habe und dafür sehr kritisiert worden bin zu einem Zeitpunkt, da ich noch nicht der PDS angehört habe: Das Arbeitsgesetzbuch der DDR war in seiner Schlichtheit und in seiner Abfolge der Paragraphen ein so wirksames Element, dass es besser gewesen wäre, das AGB wäre in der ganzen BRD eingeführt worden, statt die 27 Gesetze und Verordnungen aus dem Westen auf den Osten überzustülpen!

Es gibt mehr als den Sandmann, das Ampelmännchen und den Grünen Pfeil!

Genauso wären die Fortführung und die Modernisierung von Polikliniken wichtige Impulse zur Gesundheitsreform, und die Stärkung des vorschulischen Unterrichts bei konsequenter Fortführung der Kitas wäre im gesamtdeutschen Maßstab ein wichtiges Element zur gesamtdeutschen Diskussion.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Ende der DDR geht einher mit einer gigantischen Umverteilung.

Von 1991 bis 2002 ist der Wert der gesamten Volkswirtschaft Deutschlands von 1,5 Billionen Euro auf 2,1 Billionen gestiegen. Dies ist ein Anstieg von 600 Milliarden Euro, die alleine in diesen 10 Jahren dazugekommen sind.

Auch für Thüringen ist der volkswirtschaftliche Reichtum von 16,7 Milliarden auf 40,7 Milliarden angestiegen - also ein Zuwachs um 24 Milliarden. Gleichzeitig sind die Schulden aller öffentlichen Haushalte um 700 Milliarden Euro gestiegen. Die Staatsschulden in Deutschland betragen ca. 1,3 Billionen Euro, und in Thüringen über 12 Milliarden Euro. Tendenz ungebrochen steigend! Fakt ist, das Volksvermögen stieg in den letzten 10 Jahren um das 1,4-fache und die Schulden um mehr als das 2,4-fache. In Thüringen stieg die Volkswirtschaft um das 2,4-fache und die Schulden um das 20-fache.

Und eine Bemerkung am Rande: Die Auslandsverschuldung der DDR betrug am Schluss ca. 20 Milliarden Valutamark - also rund 10 Milliarden Euro.

Die CDU-Regierung in Thüringen hat diesen Wert mit 12,2 Milliarden Euro schon locker überrundet. Die SED-Linie vom Überholen ohne Einzuholen wird von den Blockfreunden konsequent umgesetzt.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir als PDS sind gewillt, Opposition zu sein - zu denen, die diese Gesellschaft weiterhin deformieren wollen. Wir wollen und werden das Grundgesetz und die Thüringer Verfassung verteidigen. Das Sozialstaatsgebot ist für uns das Zentrum unserer Gegenwehr, und wir sagen im Sinne des Grundgesetzes, Eigentum verpflichtet.

Eigentum verpflichtet eben auch, sich zu beteiligen an den Aufgaben des ganzen Staates. Nicht nur Nehmen, sondern auch Geben hält eine Gesellschaft zusammen.

In einer solchen Betrachtung nennen wir Kapitalismus Kapitalismus, Klassenkampf von oben Klassenkampf, und insoweit sind wir Opposition zu all den Systemveränderern, die Gesundheits- und Rentenversicherungssysteme zugunsten der Privatwirtschaft und der privaten Zinspolitik zerstören wollen.

Systemzerstörern wollen wir in den Arm fallen, und dagegen wollen wir Politik machen. Aber wir sind auch bereit, Verantwortung zu übernehmen - heute, jetzt und hier.

Unser Angebot zur Landtags-, zur Europa- und zur Kommunalwahl heißt:

1. Solidarität ist modern,
2. längeres gemeinsames Lernen,
3. bürgernah statt bürokratisch,
4. regional statt global.

Wir sagen, alles das funktioniert nur mit einem Mehr an Demokratie. Im Sinne von Willy Brandt rufen wir auch der SPD in Thüringen zu: Für uns gilt nicht der Satz von Gerhard Schröder, wir wollen mehr Volkswagen, sondern für uns gilt der Satz von Willy Brandt: Wir wollen mehr Demokratie wagen.

Unsere Antwort ist nicht der Weg in die Mitte der Gesellschaft.

Unsere Antwort auf schwarzen Stillstand ist eine Handlungsoption mit der Farbe rot. Uns reicht es nicht, die CDU-Alleinregierung vom alleine Regieren zu befreien. Wir wollen die CDU ganz befreien vom Regieren. Unser Ziel heißt und bleibt: Demokratie ist Wandel. Wir sind Motor des Wandels! Thüringen muss ein Reformlabor im positiven Sinne werden!

14 Jahre CDU sind genug. Wir sagen, die CDU-Regierung gehört abgewählt.

14 Jahre schwarze Politik in Thüringen sind genug.

Unsere Farbe heißt rot, die rote Karte dem schwarzen Stillstand.

Vielen Dank!